



## **Prekäre Beschäftigung**

Der Gewerkschaftstag der GEW Bremen begrüßt die Absicht der rot-grünen Koalition, ein „Vergabegesetz“ zu beschließen, mit dem zukünftig insbesondere ein Mindestlohn sowie Tarifbindung und bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte privater Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, durchgesetzt werden sollen.

Der Gewerkschaftstag fordert die rot-grüne Koalition auf, auch gegen die schon herrschenden prekären Arbeitsbedingungen bei Regelaufgaben im öffentlichen Dienst – insbesondere im Bildungsbereich – vorzugehen und ihre positiven Absichten dadurch auch deutlich zu machen.

Gerade pädagogische MitarbeiterInnen an Verlässlichen Grundschulen und Ganztagschulen haben sowohl als ArbeitnehmerInnen der Senatorin für Bildung und Wissenschaft wie auch anderer Beschäftigungsträger oft unzumutbare Beschäftigungsbedingungen:

Viele müssen

- mit einem Arbeitsvertrag von weniger als einer halben Stelle, teilweise sogar mit weniger als 10 Wochenstunden (bei oft 5 Arbeitstagen in der Woche) arbeiten,
- als 400-Euro-Kräfte ohne Kranken- und Rentenversicherungsschutz auskommen,
- zusätzlich noch Hartz IV oder andere Unterstützung beanspruchen,
- mit immer wieder befristeten Arbeitsverträgen ohne sichere Zukunftsperspektive vorlieb nehmen,
- oft unbezahlte „freiwillige“ Mehrarbeit leisten,
- sich sehr unsicheren rechtlichen und finanziellen Bedingungen sowie Abhängigkeiten vom Arbeitgeber aussetzen,
- auf offene Kritik an ihren Arbeitsbedingungen verzichten, um ihren Arbeitsplatz nicht zu gefährden.

Wir fordern daher den Präsidenten des Bremer Senats, Bürgermeister Böhrnsen, auf, die Initiative dafür zu ergreifen, dass Regelaufgaben in Schulen und im sonstigen öffentlichen Bereich von Beschäftigten wahrgenommen werden, die

- akzeptable Arbeits- und Vergütungsbedingungen entsprechend TVL und TVÖD haben,
- möglichst Vollzeit und ohne Befristung sozialversicherungspflichtig arbeiten können und
- ihre Regelaufgaben möglichst als Arbeitnehmer im bremischen öffentlichen Dienst erledigen.

Bremen, im Oktober 2009

AntragstellerInnen:

Andrea Köster, Ursula Braun-Strömer, Hajo Kuckero, Christian Gloede-Noweck